



Konstanz ruft den Klimanotstand aus

Gemeinderat erklärt Klimaschutz zur höchsten Priorität

Die Stadt Konstanz geht die Klimakatastrophe politisch an und erklärt den Klimanotstand. Die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen soll von nun in allen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Mit der Entscheidung des Gemeinderates der Stadt Konstanz vom 2. Mai 2019 ist heute, zum ersten Mal in Deutschland, der Klimanotstand ausgerufen worden. Konstanz folgt damit Städten wie Basel, Vancouver, London und Los Angeles.

Die AktivistInnen von Fridays for Future kritisierten in den letzten Monaten laut und vielfältig die bisherige Klimapolitik, auf lokaler wie auf globaler Ebene. Die zentrale Forderung von Fridays for Future Konstanz (FfF) war dabei die Ausrufung des Klimanotstands. Eine entsprechende Resolution wurde von FfF erarbeitet und von fünf Fraktionen im Gemeinderat der Stadt vorgeschlagen. Während der heutigen Diskussion im Gemeinderat versammelten sich im Zuge einer Mahnwache, trotz Regens hunderte Menschen vor dem Rathaus, die mit Liedern und Sprechchören eine positive Abstimmung einforderten. Der Gemeinderat rief den Klimanotstand **einstimmig** aus.

Der heute beschlossene Klimanotstand ist kein Notstandsgesetz im rechtlichen Sinne. Es geht vielmehr um die Anerkennung und Erkenntnis, dass die Menschheit sich in einer existentiellen Notlage befindet und bisher nicht entsprechend gehandelt wurde. In Konstanz soll sich dies nach dem Willen des Gemeinderates nun ändern. So heißt es in Artikel a) der Resolution zum Klimanotstand: *„Der Konstanzer Gemeinderat erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.“* Weiterhin wird anerkannt, *„dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen“*. Konkret verpflichtet der Notstand Gemeinderat und Verwaltung, in Zukunft bei allen Entscheidungen deren Auswirkungen auf den Klimaschutz zu berücksichtigen.

Durch die Entscheidung des Gemeinderats wird der Oberbürgermeister darüber hinaus verpflichtet der Öffentlichkeit in verschiedenen Formaten halbjährlich zum Klimaschutz zu berichten. Dabei geht es Fridays for Future um transparente Berichterstattung über Fortschritt und Schwierigkeiten bei konkreten Projekten und der Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Die Klimakrise muss laut FfF klar und offen kommuniziert werden, damit die Konstanzer Bürger viel stärker als bisher eingebunden werden.

Den FfF-AktivistInnen ist bewusst, dass sich die Klimakrise nicht allein in Konstanz lösen lässt. Dennoch sehen sie jede Stadt und jedes Land in der Verantwortung, die Krise entschlossen anzugehen. Der Kon+stanzer Gemeinderat verpflichtet sich mit der verabschiedeten Resolution zum Klimanotstand, auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland aufzufordern, dem Konstanzer Beispiel zu folgen und ebenfalls den Klimanotstand auszurufen.

„Der Klimanotstand ist ein Notsignal, das klar aussagt: wir müssen grundlegend etwas ändern. Das Fortbestehen unserer Zivilisation ist in Gefahr.“, so FfF-Aktivist Manuel Oestinger. *„Der Blick ist nun klar nach vorne gerichtet“*. Die FfF-Aktivistin Noemi Mundhaas ergänzt: *„Wir fordern die sofortige Umsetzung konkreter Maßnahmen und werden alles daran setzen, dass der Klimanotstand in realer Politik mündet. Nach dem heutigen Tag muss ein „Ruck“ durch unsere Gesellschaft gehen, alle müssen gemeinsam anpacken! Unsere Zeit wird knapp“*.

----Achtung Redaktion-----

E-Mail: Fridaysforfuture-kn@riseup.net

Presse-Handy: 0049/1786692260